

Nachhaltiges Bauen (Teil 5)

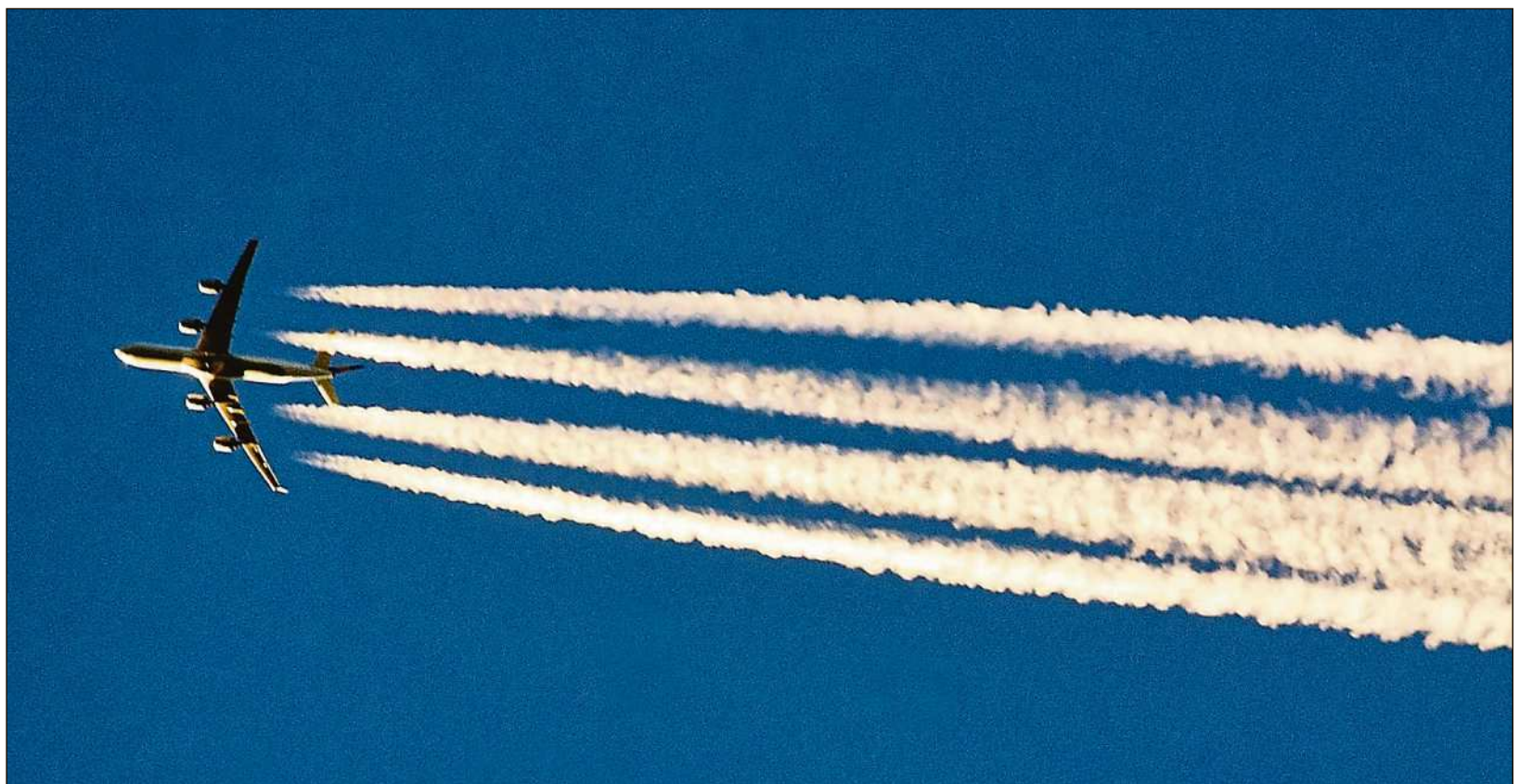
Klimaschutz darf nicht auf Freiwilligkeit setzen

Angenommen, alle Bauern eines Dorfs lassen ihre Kühe auf einer großen saftigen Gemeinschaftswiese weiden, auf einer sogenannten „Allmende“ – was passiert? Alle sind glücklich und zufrieden, solange mehr Gras wächst als gefressen wird. Sobald dies jedoch nicht mehr der Fall ist, setzt eine verhängnisvolle Dynamik ein: Der Ertrag jeder Kuh sinkt. Die „wirtschaftliche Vernunft“ jedes Bauern verführt dazu, weitere Kühe auf die Weide

zwei Möglichkeiten: Privatisierung oder Management. Entweder ist jeder für ein eigenes Stück Wiese und dessen Nutzung verantwortlich. Oder es gibt für die Nutzung der Gemeinschaftswiese klare Regeln. Alles andere führt ins Verderben.

Überall dort, wo der Nutzen Einzelnen zufällt, die Kosten aber die Allgemeinheit zu tragen hat, lauert die „Tragik der Allmende“: von der Sauberkeit öffentlicher Toiletten über die Spekulationsverluste großer Banken bis zu den CO₂-Emissionen. Die „Tragik der Allmende“ entlarvt Adam Smiths Auffassung, eine „unsichtbare Hand“ würde immer dafür sorgen, dass das Eigennutzstreben dem Gemeinwohl dient, als naiven Wunschtraum. Deshalb muss die Politik für Rückkopplungsmechanismen sorgen, die das Eigennutzstreben verlässlich mit dem Gemeinwohl verbinden. Allerdings sind heute Eingriffe ins Marktgeschehen eher verpönt. Warum eigentlich? Unsere wunderbare bayerische Verfassung definiert in ihrem Artikel 151 Absatz 1 unmissverständlich: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ Der Staat hat also sogar die Pflicht, das Marktgeschehen sinnvoll zu regeln.

Einen Rückkopplungsmechanismus für wirksamen Umweltschutz zu schaffen, bedeutet: ökologische Kostenwahrheit. Die Folgen von Umweltschäden dürfen nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden, sondern müssen im Preis eines Produkts enthalten sein. Für wirksamen Klimaschutz müssen sich die



Damit alle Baumaterialien den gleichen Klimaschutzbeitrag leisten, sollten negative CO₂-Bilanzen kompensiert werden. Für Flugreisen wird dies schon lange angeboten. FOTO DPA



Peter Aicher, Präsident des Landesinnungsverbands des Bayerischen Zimmererhandwerks

zu schicken, weil sich der Nachteil der Überweidung auf alle verteilt, der Vorteil einer zusätzlichen Kuh jedoch allein ihrem Besitzer zugutekommt. Keiner will „der Dumme sein“ und freiwillig auf etwas verzichten. Und so wird noch eine Kuh auf die Weide geschickt, und noch eine, und noch eine – bis irgendwann alle Kühe verhungern.

Dieses als „Tragik der Allmende“ oder „Allmende-Problem“ bekannte Phänomen gilt für alle Gemeinschaftsgüter. Drauf zu hoffen, dass es sich über Appelle an die Vernunft oder das Verantwortungsgefühl aus der Welt schaffen ließe, ist ein verhängnisvoller Irrtum. Wer dieses Problem wirklich angehen will, hat nur

CO₂-Emissionen beziehungsweise CO₂-Bilanzen im Preis widerspiegeln. Dies ließe sich mit einer CO₂-Steuer oder einem konsequenten CO₂-Emissionshandel erreichen. Beides haben wir nicht – stattdessen sogar das Gegenteil: Energie- und CO₂-intensive Hersteller – darunter die von metallischen und mineralischen Baustoffen – sind von der EEG-Umlage befreit und erhalten dadurch im Wettbewerb einen deutlichen Vorteil. Solange keine allgemei-

nen Rückkopplungsmechanismen eingeführt sind, müssen wir die bisher praktizierten Methoden konsequent weiterentwickeln. Für die Baubranche bedeutet das: Es ist der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes zu betrachten, vor allem die oft sehr aufwendige Herstellung der Baumaterialien. Und da aktuell der Klimaschutz die wichtigste und dringlichste Aufgabe ist, muss die CO₂- und nicht die Energie-Bilanz im Mittelpunkt stehen.

Das bedeutet nicht, bestimmte Baumaterialien zu verbieten. Jedes hat seine Berechtigung. Stehen sie aber in Konkurrenz zueinander, muss es einen fairen Wettbewerb geben. Fair bedeutet: Alle Baumaterialien müssen die gleiche CO₂-Bilanz aufweisen. Hohe CO₂-Emissionen sind zu kompensieren. Wie sich das einfach bewerkstelligen lässt, zeigt beispielsweise das Angebot der Umweltorganisation „atmosfair“ für Flugreisen. Wird dieses Prinzip konse-

quent umgesetzt, können wir uns den Berg überladener Gesetze und Verordnungen sparen, denn dann regelt der Markt die Details wesentlich effizienter.

> PETER AICHER

Der Autor ist Bauunternehmer aus Halting (Landkreis Rosenheim), Präsident des Landesinnungsverbands des Bayerischen Zimmererhandwerks, Vorsitzender von Holzbau Deutschland und Vizepräsident von Timber Construction Europe.

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner unterstützt Digitalisierung des IHK Weiterbildungsangebots

IHK Projekt „#lernen.digital“ auf Erfolgskurs

Die IHK Gesellschaft für Berufs- und Weiterbildung mbH treibt die Digitalisierung ihrer Weiterbildungsangebote mit Nachdruck voran. Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) unterstützt und fördert das neue IHK Projekt „#lernen.digital“, das sich mit der Digitalisierungsstrategie des bayerischen Wirtschaftsministeriums deckt. Diese Woche trafen sich Wirtschaftsministerin Aigner mit Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der IHK München und Oberbayern, und Stefan Loibl, Geschäftsführer der IHK Gesellschaft für Berufs- und Weiterbildung mbH, an der IHK Akademie Westerham.

„Das Programm #lernen.digital verknüpft zwei Aspekte, die von herausragender Bedeutung für unseren wirtschaftlichen Erfolg sind: Digitalisierung und lebenslanges Lernen. Damit wir die Chancen der digitalen Technologien für uns nutzen können, müssen wir die Arbeitnehmer in Bayern mit dem nötigen Handwerkszeug ausrusten. #lernen.digital leistet dazu einen wichtigen Beitrag und deswegen unterstützen wir das Programm mit 330 000 Euro“, sagt Aigner anlässlich der Übergabe des Förderbescheids.

Mit dem neuen Projekt „#lernen.digital“ reagiert die IHK Aka-



Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der IHK München und Oberbayern, setzen sich für die Digitalisierung der IHK Weiterbildungsangebote ein. FOTO IHK AKADEMIE WESTERHAM

demie direkt und konsequent auf den radikalen Wandel der Wirtschaft und deren zunehmender Digitalisierung, Schlagwort „Industrie 4.0“, welche einschneidende Auswirkungen auf die Bildungslandschaft hat. „#lernen.digital“ bietet durch digitale Didaktik und Methodik künftig neue Formate der Weiterbildung, die optimal an das moderne Lernverhalten der Zielgruppen angepasst

sein werden. Dabei nutzt die IHK ihre langjährigen Erfahrungen mit der IHK Online-Akademie, einem Lern-Management-System, dem IHK Angebot „Lernen mobil“ inklusive Lern-Videos und -Apps, sowie dem IHK Blended Learning Angebot. Hier wurden bereits zwei Weiterbildungsangebote entwickelt und mehrfach erfolgreich absolviert. Ein Beispiel für das bisherige Angebot unter:

<https://akademie.muenchen.ihk.de/bildung/Wirtschaftsfachwirt-in-IHK-ONLINE/9768>

„Ein entscheidender Faktor für bleibende Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitgeber wie Arbeitnehmer ist die stetige Innovation der beruflichen Weiterbildungsangebote. Das IHK Projekt #lernen.digital ist ein weiterer wichtiger Baustein in dieser Richtung und

im IHK Portfolio. Es freut uns sehr, dass unser Projekt auch im Wirtschaftsministerium Zustimmung und Unterstützung findet“, so IHK-Hauptgeschäftsführer Driessen. Die Finanzierung des Projektes „#lernen.digital“ erfolgt durch die IHK Gesellschaft für Berufs- und Weiterbildung mbH und eine Förderung durch das Wirtschaftsministerium.

Das Ziel des Projekts „#lernen.digital“ der IHK Akademie München Oberbayern ist es, die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Weiterbildung durch digital unterstützte Didaktik, Methodik und neue Weiterbildungsangebote zu sichern. Hierfür werden neue Weiterbildungsprodukte konzipiert, welche den Teilnehmern die Inhalte der Bildungsangebote entsprechend ihrer aktuellen beruflichen Anforderungen und ihrer Lebensumständen, unabhängig von festen Lernzeiten und -orten selbstgesteuert sowie flexibel zur Verfügung stellen. Parallel hierzu werden passende Methoden sowie flexibel und mobil einsetzbares Lehr- und Lernmaterial für den Unterrichtseinsatz entwickelt. Das Weiterbildungspersonal wird zudem qualifiziert und professionalisiert, um digital unterstützte Lernarrangements durchführen zu können.

> SUSANNE MEIER

Großteil der Führungskräfte sieht TTIP kritisch

Zwei von drei Managern sehen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) kritisch. Das ist das Ergebnis des aktuellen Dr. Haffa & Partner Expert Call. Die Münchner Kommunikationsagentur Dr. Haffa & Partner wollte von 75 deutschen Führungskräften und Meinungsmachern wissen, was sie vom geplanten Freihandelsabkommen mit den USA halten.

Das Ergebnis: 39 Prozent der Befragten lehnen das Freihandelsabkommen mit den USA ab. 22 Prozent finden TTIP zwar grundsätzlich gut, kritisieren jedoch den undurchsichtigen Verhandlungsprozess. Jeder Dritte kann keine klare Einschätzung abgeben, da in erster Linie Verwirrung herrscht. Lediglich sieben Prozent der Befragten unterstützen TTIP vorbehaltlos.

Ein Teilnehmer erklärt: „Hier geht es um weit mehr als um ein Freihandelsabkommen. Die Einschränkung der Demokratie zugunsten von Lobby-Interessen ist in keinem Fall akzeptabel.“ Ein Befürworter gibt hingegen zu bedenken: „Wir leben von freiem Handel! Einzelne Punkte von TTIP müssen freilich noch gründlich und fair verhandelt werden, beispielsweise die Gerichtsbarkeit und Behandlung von bestimmten Subventionen.“ > BSZ

Die Qualität von INFORMATION entscheidet.



Die Bayerische Staatszeitung im Jahresabonnement. Jeden Freitag. Auch digital.

Jeden Freitag, 12 Monate für nur € 92,50

Rufen Sie uns an: 089/29 014 259

Wer sie abonniert, der profitiert. bayerische-staatszeitung.de/abo

BSZ Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger

